

schaft erzählt. Allein an Stelle dessen hat uns die Koalitions-politik die Wiederherstellung der Profitwirtschaft gebracht. Unsere Parteiführung will die Arbeiter glauben machen, daß an der Teuerung nur einige "gewissenlose Zwischenhändler" schuld seien. Gewiß gibt es Hyänen des Zwischenhandels, die die teuern Waren noch mehr ver-teuern, allein die Frage ist, wieso sie überhaupt möglich sind! Die Senkung des Realeinkommens der Arbeiter und Angestellten ist in Wirklichkeit nicht das Ergebnis des "verantwortungslosen Handelns" einiger "Zwischenhändler", sondern des Handelns aller Unternehmer; sie kommt allen Unternehmern zugute; sie steht im ursächlichen Zusammen-hang mit der Festigung der kapitalistischen Herrschaft in Österreich.

Der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft verlangt den Abbau der Löhne. Die Verteidigung des Arbeitslohnes gebietet darum konsequenten Kampf gegen die Kapitalistenklasse. Ist ein solcher Kampf möglich? Ist die Verteidigung des Realeinkommens der Arbeiter, ist die Verbesserung der Einkommensverhältnisse der Arbeiter und kleinen Angestellten möglich? Die Kapitalisten behaupten, daß die "Wirtschaft" keine Lohnerhöhung vertrage, daß die Betriebe gesperrt werden müßten, daß sie, die armen Unternehmer, schon jetzt vom Draufzahlen leben. Dürfen Sozialisten den Unternehmern auch nur ein Wort glauben? Dürfen sich Sozialisten abspelsen lassen mit der Be-hauptung, daß die arme Wirtschaft an einer Lohnerhöhung zugrunde-gehe, während sie doch sehr gut die amerikanischen Luxusautomobile der Herren Unternehmer verträgt? In dem von B ö h m geschriebenen Leitartikel der "A.-Z." vom 20.11.49, der sich mit den Lohnforderun-gen der Arbeiterschaft befaßt, lasen wir folgenden Satz: "Wir haben in den Betrieben Betriebsräte und sie können die finanzielle Situa-tion ihrer Unternehmungen beurteilen." Das ist ein guter Satz, wir wollen ihn uns merken! Ja, unsere Betriebsräte haben auf Grund der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes das Recht zur Einsichtnahme in die kaufmännische Gebahrung der Betriebe. Die Vertreter der Koalitionspolitik in unserer Partei reden sehr viel von den demo-kratischen Errungenschaften - aber sie machen von den wichtigsten keinen Gebrauch, denn sonst müßten sie sprechen: Ihr Herren Unter-nehmer, ihr lebt bereits wieder von Draufzahlen? Eure Wirtschaft verträgt keine Erhöhung des Realeinkommens der Arbeiter? Öffnet ge-fälligst eure Hauptbücher - dann wollen wir weiter reden! Dann wird sich zeigen, daß Lohnerhöhungen nicht unvermeidlich zu Preiserhöhun-gen führen müssen, sondern daß sie sehr wohl möglich sind auf Kosten eures Profits!

Ja, die Erhöhung des Realeinkommens der Arbeiter ist möglich auf Kosten des kapitalistischen Profits. Von unserer Partei hängt in entscheidender Weise die Haltung des Gewerkschaftsbundes ab. Wir müssen darauf hindrängen, daß die Partei diesen ihren Einfluß geltend macht, um die Gewerkschaften zu einer Politik der Kontrolle des kapitalistischen Profits durch die Betriebsräte in Zusammenarbeit und unter Anleitung der Gewerkschaften; Öffnung der Hauptbücher und Über-prüfung der kaufmännischen Gebahrung der Betriebe, um das Verhältnis zwischen Profit und Arbeitslohn festzustellen - zu einer solchen Politik geben uns die bereits jetzt bestehenden Gesetze die Möglich-keit, dazu bedarf es keiner Mehrheit im Nationalrat. Die Mobilisie-rung der Betriebsarbeiterschaft zu einheitlichen gewerkschaftli-chen Kampffaktionen wird für die Unternehmer tausendmal beweiskräfti-ger sein als die schönsten Argumente sozialistischer Minister in der Regierung. Das haben erst jüngst die Bauarbeiter bewiesen, als sie in außerparlamentarischen Kampf ihren Unternehmern die Zahlung der Überbrückungshilfe abgetrotzt haben. Bei dieser Gelegenheit ist zum ersten Mal in der zweiten Republik Polizei und Gendarmerie

gegen demonstrierende Arbeiter in der Provinz eingesetzt worden. Zur selben Zeit hat das Innenministerium, in dem der sozialistische Innenminister als Chef der Exekutive sitzt, die versprochene Anprangerung von Preistreibern auf Grund einer von Raab angeleiteten Intervention der Kaufmannschaft abgeblasen. So sieht die Praxis der Verwendung der angeblich wichtigsten Machtposition unserer Partei in der Regierung aus!

Die Bauarbeiter haben den richtigen Weg eingeschlagen; ihr Klasseninstinkt hat sich allen Überlegungen parlamentarischer Routine überlegen gezeigt. Die Bauarbeiter haben den Anlauf zu einer konsequenten Klassenpolitik genommen - im Gegensatz zur Haltung unserer Parteiführung. Eine solche Klassenpolitik ist selbstverständlich nicht möglich in Zusammenarbeit mit der Partei der Unternehmer. Die konsequente Verteidigung der Arbeiterinteressen muß unvermeidlich zum sofortigen Bruch mit der kapitalistischen ÖVP führen. Eine solche Politik wird unserer Partei das Vertrauen des Ingenieur Figl und des Dr. Margaretha kosten und Herr Raab wird dann kaum noch bereit sein, freundschaftliche Händedrucke mit unseren Vertretern auszutauschen, aber sie wird ihr gleichzeitig das Vertrauen und das begeisterte Mitgehen der Arbeiterschaft sichern.

Die Vertreter der Koalitionspolitik behaupten, daß der Bruch der Koalition unvermeidlich die Preisgabe von Machtpositionen der Arbeiterklasse bedeute. Sie behaupten, daß das Aufgeben der Koalitionspolitik die Auslieferung des Staatsapparates an die Reaktion bedeuten würde. Im Jahre 1920 sei die Partei ebenfalls aus der Regierung ausgeschieden; sie habe damit die Kontrolle über den Staatsapparat verloren, den Staat sozusagen freiwillig an die Reaktion ausgeliefert. Das Aufgeben der Koalitionspolitik führe also zwangsläufig zur Stärkung der Machtpositionen der Reaktion. Diese Argumentation ist falsch; die Verteidiger des Zusammengehens mit der ÖVP sagen nur die halbe Wahrheit. Ja, die Partei ist im Jahre 1920 aus der Regierung ausgeschieden! Ja, die Reaktion konnte dann in allen entscheidenden Auseinandersetzungen sich auf die staatliche Exekutive stützen! Aber Ihr vergesst etwas, Genossen! Welche Politik hat denn die Partei betrieben, damit es zu einem 15. Juli 1927 kommen konnte? Welche Politik hat die Partei betrieben in all' den Jahren vor dem 12. Feber 1934? Nicht weil die Partei im Jahre 1920 aus der Regierung ausgeschieden ist, nicht das hat zur Niederlage der sozialistischen Arbeiterschaft geführt, sondern weil die Partei in allen diesen Jahren sich beschränkt hat auf eine rein parlamentarische Opposition; weil sie verzichtet hat auf den außerparlamentarischen Massenkampf, während die Reaktion sich gerade auf diesen Kampf vorbereitet hat; weil sie den Kampfgeist der Arbeiterklasse gebremst, weil sie die Arbeiter vor jeder ernstesten Aktion zurückgehalten hat - das war die wirkliche Ursache der Niederlagen. Aufgeben der Koalition, das bedeutet den Übergang zur parlamentarischen Opposition, die Rückkehr zur unfruchtbaren Abstinenzpolitik, sagt die gegenwärtige Parteiführung. Der "SOZIALIST" sagt Euch aber: Der Übergang zur rein parlamentarischen Opposition bei Verzicht auf jeden wirklichen, d.h. außerparlamentarischen Kampf muß selbstverständlich zu genau denselben

++++
+ Lesen und weitergeben! +
++++

Ergebnissen für die Arbeiterschaft führen wie die offene Fortsetzung der Koalition selbst. Wir verlangen aber den Übergang zum außerparlamentarischen Massenkampf, die Mobilisierung jener ungeheuren Kraft, die die organisierte Arbeiterschaft zu entwickeln fähig ist, wenn sie hierzu von ihrer Partei angeleitet wird!

Das ist das Entscheidende, diese Erkenntnis will der "SOZIALIST" den sozialistischen Arbeitern vermitteln, für diese Erkenntnis will er die Arbeiter in unserer Partei gewinnen. Unsere Partei verfügt über ganz andere Machtpositionen als es jene Ministerposten sind, die ihr die Koalition einträgt. Die wirkliche Machtposition unserer Partei besteht in der Kraft der Arbeiterklasse; sie besteht in der Schlüsselstellung, die die Arbeiterschaft in der Produktion einnimmt; sie besteht in der Zusammenballung der Arbeiter in den entscheidenden Zentren des Landes.

Die Demagogie der KP versucht unausgesetzt, die Unzufriedenheit der Arbeiter für ihre volksdemokratischen Ziele auszunützen. Wir wissen, daß es ein Unglück wäre, wenn größere Teile der Arbeiterschaft Österreichs den volksdemokratischen Demagogen auf den Leim gingen; die Arbeiter würden aus dem Regen in die Traufe kommen. Nur die Aufnahme des entschlossenen Massenkampfes kann die Offensive der Kapitalisten abwehren, kann ein neues reaktionäres Abenteuer verhindern. Sie wird zugleich die volksdemokratischen Agentur zur Bedeutungslosigkeit verurteilen.

Unsere Partei muß endlich wieder dazu übergehen, die Arbeiter zum außerparlamentarischen Kampf zu mobilisieren. Noch kann das unsere Partei; noch besitzt sie - nicht auf Grund der Politik der gegenwärtigen Führung - das Vertrauen der Arbeiterschaft. Dieses Vertrauen verträgt nicht mehr viele Enttäuschungen; wehe, wenn die Partei dieses Vertrauen, das heute bereits erschüttert ist, endgültig verliert!

-xXx-

SPENDENAUSWEIS: Sozialer Fortschritt - S 4.-

+++++
+ WAS WILL "DER SOZIALIST"?
+ =====
+

+ DER SOZIALIST dient der Aufklärung und Erziehung der sozialistischen Arbeiterschaft.
+

+ DER SOZIALIST stellt sich die Aufgabe, mitzuhelfen am Aufbau einer ernstesten Linken in der Sozialistischen Partei.
+

+ DER SOZIALIST will in der Partei wieder den Geist des Hainfelder Programms wachrufen, der durch die Politik der gegenwärtigen Parteiführung verschüttet ist.
+

+ Lest und durchdenkt den SOZIALIST! Diskutiert über seine Ansichten mit anderen ehrlichen, aufrechten sozialistischen Genossen! Verbreitet seine Ideen in der Sozialistischen Partei weiter!
+

+ Helft dem SOZIALIST in seinem Kampf zur Durchsetzung einer konsequenten sozialistischen Arbeiterpolitik!
+

+++++